

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen

1934-1945



Bundeskonzferenz – Wahl eines neuen Vorstands –

Ein Bericht von Claus Michl-Atzmüller

Julia Hinterseer-Pinter



Zahlreiche Delegierte aus allen Bundesländern traten am 7. Mai 2022 im Festsaal der Berufsschule Längenfeldgasse zur Bundeskonzferenz zusammen. Auf Grund von Corona konnte die Konferenz nicht nach vier Jahren abgehalten werden, wie es das Statut vorsieht, so dass der Berichtszeitraum in dieser Konferenz beinahe fünf Jahre betrug. Sehr erfreulich war dieses Mal, dass Vorarlberg bei dieser Konferenz vertreten war, denn seit 2019 besteht eine Landesgruppe der FreiheitskämpferInnen in diesem Bundesland. Ihr Vorsitzender Severin Holzkecht nahm als Delegierter an der Veranstaltung teil. Trotz coronabedingter Einschränkungen in den Jahren 2020/21 konnten maßgebliche Aktivitäten gesetzt und der Mitgliederstand von 4.000 gehalten werden. Dank gebührt allen, die das Leben unserer Organisation aufrechterhalten haben.

Christian Deutsch,



Wiener Landtagsabgeordneter und Bundesgeschäftsführer der SPÖ, richtete einleitende Worte an die Konferenz und brachte Grüße der SPÖ. Er dankte für den Einsatz unserer Organisation.

Er betonte, wie wichtig es gerade in diesen Zeiten ist, Hass und Ausgrenzungen mutig entgegenzutreten. Er kritisierte die Arbeit der Bundesregierung, insbesondere dass der Rechtsextremismusbereich nicht wieder vorgelegt wird.



Julia Hinterseer-Pinter

Danach folgte als besonderer Tagesordnungspunkt die Ehrung.

So wurde der ehemaligen (Frauen)Ministerin und Bundesvorsitzenden der SPÖ-Frauen, Gabriele Heinisch-Hosek, die Otto-Bauer-Plakette verliehen. Gabriele Heinisch-Hosek war in ihrer Dankesrede äußerst ergriffen über diese Ehrung, die ihr in diesem Rahmen zu Teil wurde. Sie erinnerte in ihrer Rede an Rosa Jochmann. Unsere Vorkämpferin Rosa Jochmann hatte einst gesagt: „Der Kampf, den wir führen, ist ein Kampf, der nie zu Ende geht. Die Menschen zum Denken zu bringen, zum Sehen und Hören zu bringen, das ist unsere Aufgabe.“ Gabriele Heinisch-Hosek mahnte, dass es gerade in der aktuellen Lage sehr wichtig ist, dass wir uns immer wieder daran erinnern, den Frieden in der Gesellschaft zu bewahren. Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Gedenkeichen für den Februar 1934 geschaffen. In diesem Zusammenhang verwies Gerald Netzl auf die Neuauflage der Broschüre „Der Aufstand der österreichischen Arbeiter“ von Otto Bauer, in der Otto Bauer, der noch während der Kämpfe in die CSR flüchtete, bereits eine Woche nach den Februarkämpfen eine profunde Analyse der Ereignisse lieferte. Eine weitere wichtige Publikation, die im Berichtszeitraum erschien, war das Buch „Niemals vergessen!“ das die Geschichte und die Aktivitäten des Bundes festhält. Sie erschien zum 70igsten Geburtstag der sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen. Die Feier fand am 16. März 2019 im Haus der Begegnung in Wien-Döbling statt.

Weitere Aktivitäten, über die Gerald Netzl berichtete und die dem Tätigkeitsbericht entnommen werden können, bezogen sich auf die Opferfürsorgekommission und das DÖW, Gedenkfahrten, Befreiungsfeiern in Mauthausen, den Besuch der ARGE in der Hofburg, den sozialdemokratischen Kämpfer und seinen neuen Chefredakteur sowie die Internetseite www.rosajochmann.at

Höchste Auszeichnungen

Im Berichtszeitraum 2017-2022 wurden eine Reihe verdienstvoller Persönlichkeiten mit der Otto-Bauer-Plakette bzw. Rosa Jochmann-Plakette ausgezeichnet respektive zur Auszeichnung beschlossen, wobei noch nicht alle Verleihungen vorgenommen werden konnten.

OTTO-BAUER-PLAKETTE: Wolfgang Katzian, Karl Blecha, Brigitte Höfert, Manfred Weiskopf, Heinz Mang, Gerwald Lentner, Franz Sachernegg, Fritz Ploner, Walter Pöschl, Jean Ziegler, Andrea Exler, Susanna Steiger-Moser, Gerald Netzl, Erich Hössinger, Harald Ludwig und Werner Pikalo, Dagmar Casagrande, Willi Mernyi, Robert Patočka und Herbert Pruner

ROSA-JOCHMANN-PLAKETTE: Claudia Kuretsidis-Haider und Friedrich Forsthuber, Christian Ehetreiber, Erika Thurner, Horst Schreiber, Albert Dlabaja, Heimo Halbrauner, Wolfgang Schwarz, Hanno Loewy und Harald Walser

Wahl und engagierte Diskussion

Alle KandidatInnen wurden in geheimer Wahl mit breiter Mehrheit gewählt, die meisten einstimmig. Eine ganze Reihe der Mitglieder Vorstandes und der Rechnungsprüfung sind neu. Genosse Gerald Netzl dankte den ausgeschiedenen Genossinnen und Genossen, wobei Ali Kohlbacher standing ovations bekam. Es folgten zahlreiche Wortmeldungen mit durchaus kritischen Inhalten. Es gab keine Anträge. Die Konferenz, die pünktlich um 11:00 Uhr begann, endete nach mehreren Stunden mit dem Singen der „Internationale“.

TIPP

Interessierten Mitgliedern können wir den Bericht gerne mailen, Bestellung unter E-Mail: kaempfer@spoe.at



v. l. n. r.: Kurt Heinrich, Gerald Netzl, Gabriele Heinisch-Hosek, Werner Anzenberger und Harald Ludwig

Bericht von Gerald Netzl

Der geschäftsführende Bundesvorsitzende Gerald Netzl erinnerte in seinem Bericht zunächst an die verstorbenen Genossen Johannes Schwantner und Rudi Gelbard. Sowohl der ehemalige Bundesvorsitzende Johannes Schwantner, als auch das langjährige Bundesvorstandsmitglied Rudi Gelbard waren unermüdliche Aufklärer und Mahner im Kampf gegen den Faschismus. Junge Menschen für Zeitgeschichte zu interessieren und ihnen die Gedenkkultur näher zu bringen, war ihnen ein lebenslanger Bildungsauftrag.

Politisch betonte Gerald Netzl, dass es wichtig sei, als Bund gegen die unsoziale und demagogische Politik der FPÖ aufzutreten und eine Koalition aus SPÖ und FPÖ offensiv und entschieden abzulehnen.

Im Jahre 2017 wurde ein wichtiges Anliegen unseres Bundes verwirklicht. Im Zentrum Wiens, im Rathauspark, vis-à-vis vom Café Landtmann, in Sichtweite zur SPÖ in der Löwelstraße, wurde ein



v. l. n. r. Samuel Puttinger, Harald Ludwig, Annemarie Hopfgartner, Elisabeth Fleischanderl, Gerald Netzl, Magdalena Schmid, Matteo Gebhart, Kurt Heinrich, Volkmar Harwanegg, Werner Anzenberger (nicht im Bild Marina Hanke, Gerhard Schmid)

Am 7. Mai 2022 gewählter Bundesvorstand

Bundvorsitzender: Gerald NETZL

Stv. Bundesvorsitzende/r: Werner ANZENBERGER, Elisabeth FLEISCHANDERL, Marina HANKE, Volkmar HARWANEGG, Harald LUDWIG

Finanzreferent: Kurt HEINRICH

Stv. FinanzreferentIn: Matteo GEBHART, Annemarie HOPFGARTNER

Schriftführer: Gerhard SCHMID

Stv. SchriftführerIn: Samuel PUTTINGER, Magdalena SCHMID

BeisitzerInnen: Alexander ACKERL, Margarete BENEDICS, Klaus BERGMAIER, Martin GRESSL, Anton HEINZL, Julia HINTERSEER-PINTER, Severin HOLZKNECHT, Ronny JESENKO, Dominik LANG, Michael LUDWIG, Peter MUNK, Brigitte PELLAR, Andreas SARKÖZI, Gerlinde SAUERSCHNIG, Arijana ŠEGALO, Günther SIDL, Paul STICH, Jaqueline STÖGER, Marcus STROHMEIER, Gabi TREMMEL-YAKALI, Peter WEIDNER, Hannes WENINGER

RechnungsprüferInnen: Anja GRABUSCHNIG, Kira HÖFENSTOCK, Theo MAIER, Hannelore WALLNER

Ehrenmitglieder: Heribert HARING, Herta SLABINA, Gertrude SPIESS

Redaktion Kämpfer: Claus MICHL-ATZMÜLLER

Redaktion/Homepage: Henri SCHREIBER

Redaktion/Facebook: Thekla SCHWANTNER



Interview mit Gerald Netzl, der am 7. Mai zum Vorsitzenden unseres Bundes gewählt wurde.

Wann und wie wurdest du Mitglied unseres Bundes?

1985 oder 1986 war ich mit meinem Freund Jan Krainer bei einem (schütter besuchten) Schweigemarsch am Zentralfriedhof. Wir waren so ziemlich die einzigen SJler und Rosa Jochmann hat sich damals rührend bei uns bedankt. Wenig später bin ich bei meinem Liesinger Bezirksvorsitzenden Erwin Hanzl, ehem. Schutzbündler, beigetreten. Schon als Jugendlicher hatte ich ein ausgeprägtes Interesse an der österreichischen und der europäischen Zeitgeschichte.

Welche Funktionen hattest du in unserem Bund bis jetzt inne?

Ich war seit Ende der 1990er-Jahre stv. Bezirksvorsitzender, dann eine Periode Bezirksvorsitzender und wurde, von mir eher ungeplant, 2013 Wiener Landesvorsitzender. Dem Bundesvorstand gehöre ich seit 2005 an, seit 2013 als stv. Vorsitzender, seit 2018 als geschäftsführender Vorsitzender.

Gibt es Personen, die dich geprägt haben?

Da nenne ich als Ersten und Wichtigsten meinen langjährigen Vorsitzenden Eduard Giffinger, Roter Falke und Gewerkschafter, mit dem ich in Liesing viele Projekte wie Gedenktafeln, Veranstaltungen und lokalhistorische Broschüren umsetzen durfte. Wir haben den Mitgliederstand verdoppelt.

Eingangs erwähnte ich Rosa Jochmann. Josef Hindels hörte ich oft in SJ-Seminaren und auf SJ-Konferenzen. Mit Hannes Schwantner verband mich dann auch eine persönliche Freundschaft, was die politische Zusammenarbeit sehr erleichterte.

Weiters möchte ich Herbert Exenberger, Peter Lhotzky und Rudi Gelbard nennen. Alfred Gusenbauer hat mich in der SJ gefördert.

Der Antifaschismus ist ein weites Feld. Wo liegt dein besonderes Interesse?

In jungen Jahren war das die Spaltung der ArbeiterInnenbewegung, die in den 1930er-Jahren den „Erfolg“ des Faschismus und Nationalsozialismus befeuerte. Später waren es lokalhistorische Forschungen, d. h. wie und wo gab es Widerstand und Verfolgung in Liesing. Dadurch schafft man Interesse und Betroffenheit. Heute ist meine zentrale Motivation unsere Organisation zukunftsfit zu machen.

Die wichtigsten Aufgaben unseres Bundes sind...

Die ZeitzeugInnen-Generation hat den Austrofaschismus und Nationalsozialismus noch lebhaft erlebt und durchlitten. Heute wird der Anti-

faschismus von denen getragen, die an das, was falsch war, erinnern wollen und daran, wie der Faschismus zustande kam. Unsere Aufgabe ist es, die Erinnerung an den Faschismus, seine Akteure und Profiteure, ebenso wachzubehalten, wie an die Verfolgung und den Widerstand und seine TrägerInnen. Unsere Aufgabe ist es, die Erfahrungen, die die Überlebenden uns vermittelt haben, in die gesellschaftliche Diskussion einzubringen und überall aufzustehen, wo Faschisten und Verharmloser auftreten.

Welche/n Fehler soll unser Bund nicht machen?

Sektierertum und politische Rechthaberei führen zur Isolation unserer Organisation, dagegen setze ich mich ein. Und Viktor Adlers Warnung hat immer noch Gültigkeit: „Unser eigentlicher Feind, unser furchtbarster Feind, den wir ausrotten müssen, wenn er sich einschleicht, ist die Routine.“

FreiheitskämpferInnen und SPÖ: Ein besonderes Verhältnis?

Unsere Mitglieder sollen zugleich tätige MitarbeiterInnen der Partei sein und auf die Einhaltung sozialdemokratischer Grundsätze achten. Es ist wichtig, MandatarInnen und FunktionärInnen der Partei als Mitglied zu gewinnen. Gleichzeitig muss die Öffnung unserer Organisation für nicht-SPÖ-Mitglieder weitergehen.

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bekämpft man wirksam durch?

... eine aktive Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Was die Geschichte betrifft dürfen wir nicht nur gedenken, sondern müssen auch mahnen. Wir mahnen die nachfolgenden Generationen, den Ursachen und den Erscheinungen des Faschismus rechtzeitig entgegenzutreten. Erinnerung ist das Schlüsselwort, das Vergangenheit und Gegenwart, Gegenwart und Zukunft verbindet.

Verrate uns noch etwas über dich abseits des Antifaschismus.

Ich bin glücklich verheiratet, habe drei erwachsene Töchter und arbeite bei WIENXTRA. Am besten erholen kann ich mich auf dem Fahrrad und in der Sauna. Ich bin mindestens so grün-weiß wie ich rot bin. Seit langem bin ich Mitglied der Jugendmedienkommission, der „österreichischen FSK“.

Danke für das Interview.

Die Post bringt allen was

– Gerald Netzl

Seit einigen Jahren gibt es bei der österreichischen Post das Produkt „Meine Marke“. Damit hat man die Möglichkeit seinen Briefsendungen eine persönliche Note zu verleihen und den EmpfängerInnen eine spezielle Botschaft nach Hause zu schicken. Besonders beliebt sind persönliche Briefmarken für Anlässe wie Hochzeiten, Geburtstage und Jubiläen.



Die Gestaltung geht ganz einfach: Ein paar Klicks und schon ist die persönliche Marke fertig. Einziger Nachteil: Bei Bestellung übers Internet sind die Marken um einiges teurer als ihr Nominalwert. Wenn man mit dem Motiv für die Marke auf USB-Stick in eine ausgewählte Filiale geht, wird es ein bisschen billiger:

www.post.at/p/c/meinemarkeontour

Die Bezirksgruppe Liesing hat für den Brief an ihre Mitglieder, der die Beitragsmarke 2022 enthielt, erstmals eine eigene Briefmarke anfertigen lassen. Eine Idee, die gerne kopiert werden kann!



Robert Eiter vom Bundespräsidenten ausgezeichnet

Gen. Robert Eiter war 1984 Mitbegründer der Welser Initiative gegen Faschismus und bis 2010 ihr Vorsitzender. Seit 20 Jahren gehört er dem Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen an. Ebenso lange engagiert er sich als Vorstandsmitglied des Mauthausen Komitees Österreich und als Sprecher des OÖ. Netzwerks gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Das Mauthausen Komitee Österreich vertritt das Vermächtnis der überlebenden Häftlinge des Konzentrationslagers Mauthausen. Es wurde 1997 vom ÖGB, von der Katholischen Kirche und von den Israelitischen Kultusgemeinden gegründet. Dem 2001 gegründeten OÖ. Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus gehören heute 87 Mitgliedsorganisationen an, darunter unser Bund, die Katholische Aktion, die Gewerkschaftsjugend, die Volkshilfe, SOS Menschenrechte, das Bildungshaus Schloss

Puchberg und die Welser Initiative gegen Faschismus. Gemeinsam setzen sich das Mauthausen Komitee und das Netzwerk für ein würdiges Gedenken an die NS-Opfer sowie für die wirksame Bekämpfung rechtsextremer und antisemitischer Strömungen ein.

Wegen seiner zahlreichen Leistungen im Sinne dieser Erinnerungs- und Überzeugungsarbeit wurde Robert Eiter nun von Bundespräsident Alexander Van der Bellen das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste

um die Republik Österreich verliehen. Landeshauptmann Thomas Stelzer überreichte die Auszeichnung am 26. April. „Robert Eiter ist ein Motor der antifaschistischen Bewegung in Oberösterreich und auf Bundesebene“, stellte Willi Mernyi, Vorsitzender des Mauthausen Komitees Österreich, fest. „Er hat vieles erreicht.“

„Schön, dass die Republik auch ihre kritischen Geister ehrt“, sagte Werner Retzl, der Eiter als Vorsitzender der Welser Initiative gegen Faschismus gefolgt ist. „Der Bundespräsident unter-

streicht die Bedeutung unserer Aktivitäten.“

Robert Eiter: „Ich freue mich über diese Anerkennung. Sie ist eine Anerkennung für alle, die sich seit Jahren mit mir engagieren. Nur miteinander bewegt man etwas!“

Gen. Eiters ehrenamtliche Tätigkeit wurde schon mehrfach gewürdigt, unter anderem 2009 durch die Goldene Humanitätsmedaille der Stadt Wels und 2013 durch die Otto-Bauer-Plakette unseres Bundes. **Die Redaktion gratuliert sehr herzlich!**

Bezirkskonferenz in Liesing

Am 3. Mai, nur wenige Tage vor der Bundeskonferenz, hielt die Bezirksgruppe Liesing ihre Konferenz ab. Zwanzig GenossInnen, unter ihnen AK-Präsidentin Renate Anderl, kamen und hörten ein Referat der SPÖ-Bezirksvorsitzenden Doris Bures.

Sie erzählte von prägenden persönlichen Begegnungen in ihrer SJ-Zeit mit Rosa Jochmann, Josef Hindels und später mit Rudi Gelbard. Da es heute keine ZeitzeugInnen mehr gibt, muss sich die antifaschistische Arbeit wandeln, die Orte des Erinnerns werden immer wichtiger. Diese gilt es zu sichern und ins Bewusstsein zu holen, denn der Faschismus kam aus der Mitte der Gesellschaft. Dazu zählen besonders die

großen KZ-Gedenkstätten, aber auch „kleine Orte“ haben Bedeutung. In Liesing gibt es, dank des Einsatzes von FreiheitskämpferInnen bereits 60 Steine der Erinnerung für Opfer des Nationalsozialismus und eine Reihe von Gedenktafeln und Denkmälern, bei denen Gedenkfeiern stattfinden. Gin. Bures erinnerte an den Stein der Erinnerung für Käthe Leichter vor deren letztem Wohnhaus (Anm.: im Bezirksteil Mauer). Die Einweihung im September 2015 war Anlass für sie, sich wieder intensiv mit Wirken, Vermächtnis und tragischem Ende von Käthe Leichter auseinanderzusetzen.

Die von der Konferenz einstimmig bestätigte Vorsitzende Kira Höfenstock

freut sich, dass Doris Bures die Funktion einer Beisitzerin im Vorstand der FreiheitskämpferInnen Liesing angenommen hat. „Wir werden

weiter engagiert unsere Arbeit machen, Mitglieder werben, der Opfer gedenken und den aktuellen Rechtsextremismus bekämpfen“, so Gin. Höfenstock.



v. l. n. r. Doris Bures, Kira Höfenstock, Renate Anderl und Gerald Netzl



Die populistische Herausforderung

„Wenn Le Pen nicht angetreten wäre, hätte Macron verloren“. Tex Rubinowitz' lapidare Anmerkung zur französischen Präsidentschaftswahl im Falter Nr. 17/2022 trifft den Nagel auf den Kopf. Die Rechtspopulisten sind mitten unter uns, und wenn sie scheitern, dann in erster Linie an sich selbst.

Der deutsche Politikwissenschaftler Hans-Georg Betz postulierte bereits vor fast 30 Jahren, es bestehe absolut kein Grund zur Annahme, dass die radikalen Rechtspopulisten - nach Wilhelm Heitmeyer - eine der Schattenseiten der Globalisierung - in absehbarer Zukunft von der politischen Bühne verschwinden würden. Und sein niederländischer Kollege Cas Mudde prägte 2004 das Schlagwort vom „populistischen Zeitgeist“. Tatsächlich reichen rechtspopulistische Politdeutungen und -inszenierungen mittlerweile weit in die etablierten konservativen und liberalen, ja selbst in die sozialdemokratischen Parteien und Verbände hinein. Es lohnt sich einfach, wie Frank Decker feststellte, „in Populismus zu machen“.

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise zu Ende der 2000er Jahre, mit dem Aufstieg Donald Trumps und anderer devianter Persönlichkeiten in höchste Staatsämter, vor allem aber mit der Corona-Pandemie und ihren wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen ging eine deutliche Radikalisierung des „rechten Randes“ unserer Gesellschaft vor sich, der sich zunehmend besser vernetzt, militanter und gewaltbereiter auftritt, und dessen Strahlkraft mittlerweile bis weit in die „bürgerliche Mitte“ reicht.

Der rechte Populismus ist längst nicht bloß ein politisches, sondern ein weit über die Sphäre des Politischen hinausgehendes soziokulturelles Alltagsphänomen geworden. Wer genau hinhört und hinsieht, der stellt fest, dass unsere gesamte westliche Alltagskultur, die Massenmedien, die Werbung, selbst die Unterhaltungsindustrie rechtspopulistisch durchseucht sind.

Wobei es „den Rechtspopulismus“ gar nicht gibt. Die Bandbreite innerhalb des Spektrums rechtspopulistischer Bewegungen, die ihrem Selbstverständnis nach, keine Parteien im klassischen Sinn, sondern Anti-Establishment-Bewegungen sind, weshalb sie sich gerne mit Namen wie „Allianz“, „Alternative“, „Aktion“, „Bewegung“, „Bündnis“, „Forum“, „Front“, „Liga“, „Liste“, „Offensive“, „Union“, „Zentrum“ oder mit Phantasiebezeichnungen wie „Goldene Morgenröte“ schmücken, diese Bandbreite ist riesig. Sie reicht von „altrechten“ Parteien wie dem früheren französischen Front National oder der FPÖ, neofaschistischen Bewegungen wie der griechischen Chrysi Avgi oder der ungarischen Jobbik, über regional-separatistische (Vlaams Belang, Lega Nord) und „gemäßigt“ rechtspopulistische Parteien (Schweizerische Volkspartei, Dänische Volkspartei, skandinavische Fortschrittsparteien), über ultrakatholische (wie die polnische Regierungspartei PiS), postfaschistische (frühere italienische Alleanza Nazionale), post-moderne und radikal-libertäre (Lijst Pim Fortuyn) bis hin zum weitgehend ideologiefreien, aber mit rechten Versatzstücken dekorierten „Unternehmerpopulismus“, wie ihn Silvio Berlusconi bereits zu Beginn der 1990er-Jahre verkörperte.

Allen Populisten gemein ist die Identitätspolitik, in deren Zentrum „das Volk“ steht, das als homogene Einheit aufgefasst, mit moralisch aufgeladenen Chiffren („der kleine Mann“, „die Fleißigen und Tüchtigen“, „die schweigende Mehrheit“) besetzt und von der „machtgierigen“, „abgehobenen“, „korrupten“

Elite, dem Establishment, der „politischen Klasse“ abgegrenzt wird. Parallel dazu erfolgt beim rechten Populismus eine zweite Abgrenzung auf der horizontalen Ebene: Wir, „das Volk“, gegen „die Anderen“, „die Fremden“, die „Nicht-zu-unserem-Volk-Gehörenden“.

Rechtspopulisten Die Schattenseiten der Globalisierung

Ein weiteres gemeinsames Merkmal liegt in der herausgehobenen Position eines charismatischen und autoritären „Führers“. Dieser tritt als Anwalt der Interessen einer behaupteten „schweigenden Mehrheit“ auf und appelliert an die tatsächlich vorhandenen Gefühle der Verdrossenheit, der Enttäuschung oder Angst. Seinen AnhängerInnen verspricht er, ihre Sorgen und Nöte zu artikulieren, ihre Interessen gegenüber der „abgehobenen“ Elite der Herrschenden („die da oben“) zu vertreten und die Verkrustungen des politischen Tagesgeschäfts aufzubrechen. Der Führer der Bewegung geriert sich als „Sprachrohr des Volkes“, greift geschickt die verborgenen und latenten Stimmungen als „des Volkes Meinung“ auf und artikuliert diese „tabufrei“ in einer betont volkstümlichen und kämpferischen Sprache.

Der Tenor seiner Aussagen ist in der Regel anti-elitär, vielfach auch anti-intellektuell, anti-modern und anti-urban, das transportierte Gesellschaftsbild grob vereinfachend, mit strikten Freund-Feind-Unterscheidungen, (neo)konservativen und anti-wohlfahrtsstaatlichen Utopien und einer, allerdings nur vordergründig basisdemokratischen Haltung – denn, obwohl die Rechtspopulisten

sich gerne als volksnahe „Bewegungen“ gerieren, ist es um die innerparteiliche Demokratie meist schlecht bestellt.

Der deutsche Populismusexperte Frank Decker hat den Rechtspopulismus einmal so treffend als eine „Ideologie ohne Weltanschauung“ bezeichnet. Die rechten Populisten sind nicht nur nationalistisch, fremdenfeindlich und anti-modern. Sie punkten auch mit Vulgärsozialismus und Sozialpopulismus, werfen den Sozialdemokraten vor, „sozial erkaltet“ zu sein und bezeichnen sich selbst als die „wahren Arbeitnehmerparteien“; sie machen den Konservativen in deren Kernkompetenzen Heimat, Familie und christliche Werte Konkurrenz, und gegenüber den „linkslinken“ Grünen bringen sie sich unter dem Motto „Umweltschutz ist Heimatschutz“ als „patriotische Umweltpartei“ in Stellung. Neoliberale Programmrelikte, konservativer Autoritarismus und „linker“ Sozialpopulismus verbinden sich so zu einem bunten ideologischen Eklektizismus, der alle relevanten Milieus und politischen Lager mit einbezieht. National und linkspopulistisch, wenn es um die Rechte der „eigenen Leute“ geht, marktradikal und neoliberal in ihrer Kritik an Linken und GewerkschafterInnen, dann wieder umweltbesorgt oder als Anwalt der Familien - so präsentieren sich die Rechtspopulisten heute.

Das hervorstechendste Merkmal der Rechtspopulisten ist deshalb ihr ideologisches Trittbrettfahrertum. Der Populist ist immer „auf Seiten“ des Volkes, ganz gleich, was er selbst meint oder denkt. Er ist der perfekte Opportunist, der Verführer par excellence. Er verwendet zwar gerne ideologische Versatzstücke, ist aber in Wahrheit das Gegenteil eines Ideologen. Der Rechtspopulist ist deshalb in der Regel auch kein Faschist, er zieht nur, wenn er es für opportun hält, das Nazikostüm über.

Der amerikanische Soziologe Lawrence Goodwyn entwickelte bereits 1976 seine Theorie vom „populistischen Moment“. Der Populismus sei eine gesellschaftliche „Kernströmung“, allerdings bedürfe



Werner T. Bauer

es eines bestimmten historischen Augenblicks, um diese zu aktivieren. Ein solcher „populistischer Moment“ sei immer dann gegeben, wenn das Tempo der Veränderung in der Gesellschaft zu rasant geworden sei und die Menschen diesem Transformationsprozess nicht mehr folgen könnten. Genau in einem solchen „Moment“ befinden wir uns heute.

Hauptursache für die dauerhafte Krise, die sich in den westlichen Industriestaaten als rechter Populismus, anderswo in Form anderer Radikalismen, etwa als islamischer Fundamentalismus manifestiert, ist die unaufhaltsam fortschreitende und irreversible „Globalisierung“ unserer Welt und die damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen und persönlichen Zumutungen. Zu nennen wären hier die zum Teil nicht mehr kontrollierbaren Migrations- und Fluchtbewegungen, die stete Abwanderung von Arbeit ins billigere Ausland, die Billigkonkurrenz von ausländischen ArbeitnehmerInnen im Inland, die latente Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, das von Politik und Medien

lustvoll verstärkte allgemeine Unsicherheitsgefühl sowie die weitreichenden Folgen des neoliberalen Umbaus unserer Gesellschaft - dem Rückzug des Staates, dem Bedeutungsverlust von „sinnstiftenden“ Gemeinschaften wie Parteien, Gewerkschaften oder Kirchen, der Entsolidarisierung („Geiz ist geil“), der Vereinzelung und Ich-AG-isierung. Ganz zu schweigen von dem, was in den nächsten Jahren und Jahrzehnten durch die Auswirkungen der weltweiten Klimakrise noch auf uns zukommen wird...

Die politischen Gegenstrategien gegen den rechten Populismus sind fast alle wirkungslos geblieben sind. Das „Zu Tode wählen“ und das „Zu Tode Umarmen“, die Entzauberung durch In-die-Pflicht-Nahme, die Errichtung eines „Cordon sanitaire“, die „Entpolitisierung“, die dazu führt, dass immer mehr Wahlberechtigte ins Lager der systemverdrossenen NichtwählerInnen abdriften, die inhaltliche Auseinandersetzung, die in der „Ära der Gefühle“ kaum zu gewinnen ist. Alles weitgehend wirkungslos.

Was bleibt, ist „der steinige Weg“, das direkte Engagement bei den Menschen, die von der

etablierten Politik immer noch gerne als „die Menschen da draußen“ bezeichnet werden.

Die Geschichte lehrt uns, dass es populistisch-demagogische Inszenierungen zu allen Zeiten gab - politisches Talent vorausgesetzt. Und wahrscheinlich beinhaltet die Demokratie immer auch ein gewisses Maß an Populismus.

Was es braucht, sind neue, authentische und empathische PolitikerInnen, die auf die Menschen zugehen - und das nicht nur in Wahlkampfzeiten! -, die ihnen zuhören und

gegebenenfalls auch mit ihnen streiten. Kurz gesagt: Die sich tatsächlich um sie kümmern. Gefragt sind möglicherweise der „gute Populist“, die „gute Populistin“.

WEB-TIPP:

www.politikberatung.or.at/fileadmin/studien/rechtspopulismus/Rechte_Parteien_2020.pdf

Werner T. Bauer ■

Neuigkeiten aus der Redaktion:

Der Sozialdemokratische Kämpfer – Neuer Chefredakteur Claus Michl-Atzmüller

Genosse Martin Oppenauer fungierte bis Ende 2021 als Chefredakteur. Im Bundesvorstand am 23. Februar 2022 wurde der neue Chefredakteur präsentiert, der sich kurz vorstellte. Claus Michl-Atzmüller ist am 22. Jänner 1973 in Wels/OÖ geboren, studierte Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien und Politikwissenschaft an der Uni Wien, engagierte sich in der SJ Linz, im VSSTÖ WU und ist seit dem 1. März 1992 Mitglied der SPÖ. Im September 2004 trat Claus Michl-Atzmüller in den Bund sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen ein und ist seit 2015 Redaktionsmitglied des „Kämpfers“.

Seit 2019 ist Claus Michl-Atzmüller Obmann der Bezirksgruppe Simmering. Er konnte seit 2015 unzählige Berichte und Artikel verfassen. Ziel des neuen Chefredakteurs und des Redaktionsteams ist es, den „Kämpfer“ lesbarer und interessanter zu machen. Dazu zählen Artikel über wertvolle Websites, Musik, Film,



Der neue Chefredakteur Claus Michl-Atzmüller

internationale Themen und solche, die in der Vergangenheit zu kurz kamen (Frauen im Widerstand, NS-Zwangsarbeit, Verfolgung Homosexueller im Nationalsozialismus und viele mehr). Auch Personen, die nicht Mitglied unseres Bundes sind, sollen vermehrt Texte im „Kämpfer“ veröffentlichen können.



Ingrid Antes



ARGE-Gedenken am WESTBAHNHOF
v. l. n. r. Gerald Netzl,
Vertreter der Lagerge-
meinschaft, Friedl Gar-
scha, Norbert Kastelic

Gedenken im Frühjahr 2022

Wie bereits im Vorjahr konnten auch heuer die Gedenkfeierlichkeiten der ARGE der NS-Opferverbände und Widerstandskämpfer/innen Österreichs rund um den Jahrestag des „Anschlusses“ nur im kleinen Kreis abgehalten werden. Vertreter der Verbände (für unseren Bund Volkmar Harwanegg) legten am 11. März Kränze beim Denkmal für Biedermann, Huth und Raschke Am Spitz in Floridsdorf, in der ehemaligen Hinrichtungsstätte am Landesgericht Wien sowie beim Mahnmal der ehemaligen Gestapo-Leitstelle am Morzinplatz nieder. In Floridsdorf gedachte Bezirksvorsteher Gen. Georg Papai mit uns, im Landesgericht Wien dessen Präsident Friedrich Forsthuber.

Am 1. April erinnerten wir bei der Gedenktafel im Wiener Westbahnhof (obere Ebene, beim ANKER) an den ersten Transport von österreichischen Nazi-Gegnern 1938 ins Konzentrationslager Dachau. Mit dabei war auch ein Vertreter der österreichischen Lagergemeinschaft Dachau.

Andreas Sarközi



NIEMALS VERGESSEN

ARGE-Gedenken in MAUTHAUSEN
v. l. n. r. Norbert Kas-
telic, Friedl Garscha,
Gerald Netzl



Am 28. April wurde im Ehrenhain für die WiderstandskämpferInnen in der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 gedacht. Helmut Tomac, Generalsekretär im Innenministerium, vertrat die Bundesregierung.

Im Bundeskanzleramt wurde am 8. Mai der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa 1945 gedacht. Bundeskanzler Karl Nehammer, Vizekanzler Werner Kogler und der Historiker Stefan Karner sprachen, die drei Opferverbände waren zu der schlichten, aber würdigen Feier geladen (insgesamt 70 Gäste).

An der Internationalen Befreiungsfeier am 15. Mai in der Gedenkstätte Mauthausen nahmen - bei strahlendem Sonnenschein - tausende Menschen, darunter Jugendliche aus der ganzen Welt, teil. MKÖ-Vorsitzender Willi Mernyi richtete seine Begrüßungsworte an die zahlreichen TeilnehmerInnen vor Ort und an die ZuseherInnen im ORF. Eröffnet wurde die Befreiungsfeier mit einer virtuellen Verlesung des Mauthausen-Schwurs in mehreren Sprachen durch internationale Jugendliche. Stark vertreten war bei der Feier die Sozialistische Jugend sowie eine Abordnung der Wiener Bildungsakademie. Wir sind optimistisch, 2023 endlich wieder unsere traditionelle Vor-Feier bei der Gedenktafel für Richard Bernaschek durchzuführen.

Gerald Netzl ■



Ingrid Antes

ARGE-Gedenken im LANDESGERICHT v. l. n. r. Volkmar Harwanegg, Friedl Garscha, Norbert Kastelic, Friedrich Forsthuber



Andreas Sarközi

ARGE-Gedenken in MAUTHAUSEN v. l. n. r. Norbert Kastelic, Friedl Garscha, Gerald Netzl



75 Jahre VVN-BdA in Deutschland

Die älteste antifaschistische Organisation in Deutschland, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) feierte im März 2022 in Frankfurt/Main mit einem politischen Fest im Haus Gallus, dem Ort, an dem Anfang der 1960er Jahre der Frankfurter Auschwitz-Prozess stattfand, ihr 75jähriges Gründungsjubiläum.



Einweihung der Gedenkstätte Sachsenhausen am 26. April 1961

Der lange Organisationsnamen spiegelt die historische Entwicklung wider. Die Überlebenden aus den faschistischen Konzentrationslagern und Haftstätten, AntifaschistInnen aus dem Exil und Frauen und Männer aus dem Widerstand im Land gründeten unmittelbar nach der Befreiung in allen vier Besatzungszonen überparteiliche Vertretungen. Es gab die „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ (Bremen), das „Komitee der politischen Gefangenen“ (Hamburg), die „Vereinigung der politischen Gefangenen und Verfolgten des Nazi-Systems“ (Stuttgart) oder Hilfgemeinschaften der „Opfer des Faschismus“ (Sowjetische Besatzungszone). Trotz Behinderungen durch die Besatzungsmächte schuf man im März 1947 mit der VVN eine gesamtdeutsche Organisation. Sie sollte das politische Ver-

mächtnis der Überlebenden im antifaschistisch-demokratischen Neubeginn zu Gehör bringen. Sie versuchte ihre politischen Ziele - trotz Kaltem Krieg und Ost-West-Spaltung - umzusetzen: für eine angemessene Entschädigung aller NS-Verfolgter, gegen Renazifizierung und Restauration in der BRD, gegen Remilitarisierung und für die Erinnerung an die Frauen und Männer aus dem antifaschistischen Widerstand. Dies führte immer wieder zu staatlichen Repressalien. Während in der DDR die überparteiliche VVN zugunsten eines SED-geführten „Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer“ aufgelöst wurde, wurden in der BRD Büros und Landesvereinigungen der VVN polizeilich geschlossen, Mitglieder wegen „kommunistischer Umtriebe“ verhaftet und 1961 sogar ein Verbots-

verfahren gegen die VVN eingeleitet. Der Prozess scheiterte an der breiten internationalen Solidarität und als bekannt wurde, dass der Vorsitzende Richter ein Altnazi war.

Eine wichtige Zäsur war die Öffnung der Organisation für Nachgeborene 1971 mit der Erweiterung zum „Bund der Antifaschisten“. Diesen Schritt vollzog die VVN als erste „Verfolgtenorganisation“ in Europa. In der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), der die VVN seit deren Gründung 1951 angehörte und die lange ihr Sekretariat in Wien hatte, wurde dies skeptisch beobachtet. Heute gibt es keinen Verband mehr, der sich nicht für junge AntifaschistInnen geöffnet hätte.

Die Aufnahme neuer Mitglieder brachte - bei allen Reibungspunkten - einen politi-

schen Schub. Die VVN-BdA war in den Auseinandersetzungen mit alten und neuen Nazis, in der breiten Friedensbewegung und insbesondere in der Erinnerungsarbeit ein zunehmend akzeptierter Partner. Die Überlebenden wirkten als ZeitzeugInnen in Schulen und Jugendgruppen.

Das Ende der DDR, das die Arbeit der VVN massiv berührte, führte zu einer Umstrukturierung auf ehrenamtliche Basis. Dennoch blieb die VVN-BdA eine organisierende und mobilisierende Kraft, aktiv gegen neofaschistische und rassistische Übergriffe, z.B. mit der Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“, die seit Jahren öffentliche Debatten auslöst. In der Geschichtsarbeit stellte sie sich gegen die „Abwicklung“ des Antifaschismus in den KZ-Gedenkstätten.



Dieser Kampf - gemeinsam mit den AntifaschistInnen in den neuen Bundesländern - schuf die Basis für eine Zusammenarbeit, die 2003 im Vereiningungskongress 2003 mündete. Gemeinsam arbeitet man seitdem für ein Verbot der NPD, oder aktuell für den 8. Mai als Feiertag.

Dass dies nicht ohne massive politische Angriffe stattfand, musste die VVN in allen Jahrzehnten ihres Bestehens erleben. In den 1970er Jahren erhielten junge Mitglieder Berufsverbot, die VVN wurde durch den Inlandsgeheimdienst überwacht und 2019 gab es den Versuch, mit der Aberkennung der Gemeinnützigkeit das finanzielle Fundament dieser Organisation anzugreifen (Der „Kämpfer“ berichtete). Doch breite politische Solidarität erreichte, dass die Finanzbehörde dies zurücknahm - gleichzeitig gewann die VVN in dieser Auseinandersetzung etwa 2.000 neue Mitglieder.

Die VVN hat in den vergangenen Jahrzehnten ihren überparteilichen und strömungsübergreifenden Charakter gelebt. Folgerichtig wurde vor gut 10 Jahren auch ein „Unvereinbarkeitsbeschluss“ der SPD von 1947 gegenüber der VVN, der schon seit Jahrzehnten nicht mehr der Wirklichkeit entsprach, auch formell aufgehoben.

Im März 2022 wurde bekräftigt: Der Schwur von Buchenwald „Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln, Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit“ bleibt für die VVN-BdA und ihre Mitglieder aus allen Generationen die politische Leitlinie.

Ulrich Schneider ■

Langental/Burgenland

Einweihung einer Erinnerungsstätte für die Opfer der NS-Diktatur

In Erinnerung an die Frauen, Männer und Kinder von Langental/Longitolj, einem Ortsteil der mittelburgenländischen Großgemeinde Großwarasdorf/Veliki Borištof, die von 1938 bis 1945 Opfer des nationalsozialistischen Terrors wurden, fand am 18. April 2022, die Einweihung einer Erinnerungsstätte statt. Neben den 69 namentlich angeführten Romnja und Roma wird auch jener vier Menschen gedacht, die wegen ihre politischen Widerstandes ermordet wurden oder denen auf Grund von Erkrankungen oder Behinderungen das Lebensrecht abgesprochen wurde und der NS-Medizin zum Opfer fielen. Im Ortszentrum wurde für jeden Verstorbenen ein Pfahl aus Glas, eingerahmt in einen Metallrahmen aufgestellt. Die 73 Stahl-Glaspfähle sind mit Namen und Geburts- bzw. Sterbedatum des Opfers versehen.



2019 beschloss der Gemeinderat von Großwarasdorf die Errichtung der Gedenkstätte.

Der Künstler Peter Kedl wollte keine Gedenktafel im herkömmlichen Sinne schaffen, sondern einen gesamten Platz als Erinnerungs- bzw. Begegnungsstätte installieren. Von weiteren hundert Angehörigen der Langentaler Roma-Familien gibt es nach 1945 kein Lebenszeichen mehr, ihr Schicksal ist unbekannt.

In Zeiten, in denen auf europäischem Boden ein Krieg tobt, sei es umso wichtiger, solche Gedenkstätten als Symbole des Erinnerns und des Friedens hochzuhalten, sagte der Bürgermeister von Großwarasdorf, Martin Karall. Projektkoordinator Josko Vlasich, betonte, dass diese Erinnerungsstätte mitten

im Ort die Menschen jeden Tag mit der Geschichte konfrontiere, sodass man sich damit auseinandersetzen müsse.

Neben politischen Persönlichkeiten wie NR-Abg. Nikolaus Berlakovich und die burgenländische Landtagsabgeordnete Elisabeth Trummer kamen der Obmann des Kulturvereins österreichischer Roma, Christian Klippel, die Roma-Jugendliche Alysea Nardai sowie SchülerInnen der ZMS Großwarasdorf zu Wort.

Geistliche Segnung der Gedenkstätte durch Roma-Seelsorger Mathias Platzer, Manuela Horvath von der Romapastoral der Diözese Eisenstadt und Ortpfarrer Zoran Tadić.

NIEMALS VERGESSEN

Bitte beachten Sie unser Plakat „DIE INTERNATIONALE“ in der Heftmitte: die Zeichnung stammt von A. NEGRELLI und diese meistgesungenen Worte stammen von Eugen Pottier, aus dem Revolutionsjahr 1871, sie sind von Emil Luckhardt verdeutscht; die Melodie von Daygeyer.



Der General und Marie, der Bürgermeister und sein Taschentuch.

Sage keiner es verändere sich nichts in der Provinz. Es ist ein kühler Herbsttag in Krems, die „Marie“, das neue Lokal im Stadtpark hat sich bereits in die Winterpause verabschiedet, doch kurz nach 9 Uhr wäre auch im Sommer in der Josef Wichner Straße, das Landesgericht im Blick, nicht viel Betrieb gewesen.

Stadt Krems



Kulturamtsleiter Gregor Kremser, Bereichsleiterin Doris Denk, Stadtarchivar Daniel Haberler-Maier, Historiker Robert Streibel und Bürgermeister Dr. Reinhard Resch enthüllen die Zusatztafel des Karl-Eibl-Denkmal

Früher, also 2019, da wären hier in dem etwas zweifelhaften Beisel schon die ersten fünf bis zehn Krügel ausgeschenkt gewesen. Die trinklustigen Menschen dort hatten dem General der Deutschen Wehrmacht, Karl Eibl seit vielen Jahren Gesellschaft geleistet. Mit Bier lässt sich die Vergangenheit und die Gegenwart schöntrinken. Ein Gesamtkunstwerk für den Umgang der Stadt Krems mit seiner Vergangenheit, welches ich jedoch nicht vermissen werde.

Doch jetzt ist alles anders, nicht nur wegen der Marie, mit der der Gastronom Harald Schindelegger, den Stadtpark auch kulinarisch belebt hat. Bürgermeister Reinhard Resch steht an diesem Herbsttag vor

dem Denkmal von Karl Eibl. Der Himmel leuchtet als hätte Paul Troger selbst Hand an die Wolken gelegt und sie als Hintergrund für ein Altarbild aufgetürmt. Der Bürgermeister wischt versunken mit einem Papiertaschentuch eine Zusatztafel ab. Es sind diese zufälligen Momente, die oft mehr aussagen über eine Stadt als große Ansprachen. Es hat wirklich lange gedauert, bis die Stadt Krems Verantwortung für ihre Geschichte übernommen hat und jetzt putzt der Bürgermeister vor einem Fototermin die Tafel vor dem Denkmal für Karl Eibl.

Zwischen 1959 und 2021 stand dieses Denkmal in Krems auf sich allein gestellt, ohne Zusatztafel und es ist wohl das einzige

Denkmal für einen General der Deutschen Wehrmacht in Österreich, vielleicht im ganzen deutschsprachigen Raum. Wer genau gelesen hat, der konnte Zusammenhänge herstellen und sich wundern. Bei manchen schlug das Wundern auch in die Forderung um, dieses Denkmal zu entfernen. Was brauchen wir die Erinnerung an einen Hitler-General in Krems? Doch damit würde auch Geschichte getilgt, nämlich die Geschichte einer Stadt, die schlampig und oberflächlich mit ihrer eigenen Geschichte umgegangen ist und nichts dabei fand, einem Militär, der die Heimat auch bis kurz vor Stalingrad, in Woronesch, verteidigt hat, zu gedenken.

Der Historikerbeirat der Stadt Krems hatte eine Zusatztafel

angeregt, die klarmachen sollte, wer Eibl war und wofür dieses Denkmal auch stehen könnte.

Warum steht in Krems heute noch ein Denkmal für einen General der deutschen Wehrmacht?

Dieser 1959 errichtete Stein ist heute ein Mahnmal für den lange Zeit undifferenzierten Umgang Österreichs mit dem Zweiten Weltkrieg und der Wehrmacht.

Karl Eibl (geb. 1891 in Steeg bei Bad Goisern – † 1943 in Olchowatka im Oblast Woronesch) war einer der höchstdekorierten Offiziere der Deutschen Wehrmacht. Nach heutigem Wissensstand war er persönlich nicht in Kriegsverbrechen verwickelt, aber als Angehöriger der Wehrmacht kämpfte er in einem Angriffskrieg, der in der Zeit von 1939 bis 1945 zum Tod von über 60 Millionen Menschen führte, darunter sechs Millionen jüdische Opfer des Holocaust.

Karl Eibl kam 1903 nach Krems. Er war Soldat im Ersten Weltkrieg und in der Ersten Republik. Im NS-Staat leistete er den verpflichtenden Eid der Deutschen Wehrmacht auf Adolf Hitler und nahm vor seinem Einsatz in Russland am Ostfeldzug in Polen und am Westfeldzug in Frankreich teil.

Robert Streibel ■



Käthe Leichter

über Gewerkschaften im Faschismus

Käthe Leichter wurde 1936 eingeladen, bei einer Studienwoche des Frauenkomitees der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) in Brüssel über „Gewerkschaften im Faschismus“ zu referieren.

Sie war von der gleichgeschalteten Wiener Arbeiterkammer, deren Frauenreferat sie ab 1925 aufgebaut und geleitet hatte, Anfang 1934 fristlos entlassen worden und zählte zu den führenden AktivistInnen der sozialistischen Untergrundorganisation „Revolutionäre Sozialisten“ mit enger Verbindung zu den illegalen freien Gewerkschaften. Die TeilnehmerInnen aus den demokratischen Staaten erhielten durch sie einen Einblick in das Wesen des Faschismus, der noch heute aktuell ist:

„Die scheinrevolutionäre Phraseologie des italienischen Faschismus, die nackte Brutalität des deutschen Nationalsozialismus, die Verlogenheit des österreichischen Klerikalfaschismus finden wir in der Stellung aller drei zu den Gewerkschaften wieder.



Sammlung Franz Leichter

Aber bei aller Verschiedenheit zeigt sich bei allen dreien die Gesetzmäßigkeit des faschistischen Mechanismus, die Gleichartigkeit der Entwicklung und der Erscheinungen. ... Jeder der drei Faschismen musste die freien Gewerkschaften vernichten. Vernichten, weil sie seinen Totalitätsansprüchen im Wege standen, vernichten, weil sie dem Sinne des Faschismus, der den Kapitalismus zu retten versucht, widersprechen. Vernichten aber auch, weil es keine unabhängigen, sich selbstverwaltenden Organisationen im Faschismus geben kann und weil Gewerkschaftsfreiheit ohne Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit unmöglich ist.“

Brigitte Pellar ■

Wir gratulieren: April bis Juni 2022

102. Geburtstag: Bock Susanne, Wien. **98. Geburtstag:** Focke Franz, Wien. **96. Geburtstag:** Prammer Anna, Linz; Siczowsky Anna, Wien. **94. Geburtstag:** Jukl Maria, Leonding-Doppl; Kalod-Födinger Margareta, Seewalchen am Attersee; Kalauner Alwis, Wien. **93. Geburtstag:** Humitsch Hubert, Klagenfurt; Mlnarik Adolf, St. Pölten; Pilar Alfred, Wien. **92. Geburtstag:** Derflinger Maria, Steyr; Harant Eduard, Kosar Hans, Lanc Erwin, Wien. **91. Geburtstag:** Langfellner Ingeborg, Linz; Strobl Alfred, Zahel Leo, Wien. **90. Geburtstag:** Fischer Benedikt, Attnang-Puchheim; Sedlmayer Hans, Hagen-brunn; Greilinger Karl, Orzel Maria, Resler Josef, Wien; Hahnler Erika, Wr. Neustadt; Lukaschitz Franz, Zwölfaxing. **85. Geburtstag:** Bauer Josef, Herzogenburg-Einöd; Patzelt Alfred, Traiskirchen; Kögl Eveline, Schiel Hans, Wien. **80. Geburtstag:** Riedmayer Otto, Baden; Schiefer Leopold, Gerasdorf; Heyderer Gertraud, Guntramsdorf; Klaushofer Roland, Linz; Contreras-Lichtenberg Ruth, Pitten; Kimeswenger Helmut, Pregarten; Bogataj Mirko, Seeboden; Macher Josef, Straudorf; Hauer Elisabeth, Hawlicek Hilde, Jank Herbert, Katlein Irene, Maier Theodor, Moos Johanna, Pelz Ludwig, Prusa Eduard, Stacher Ulrich, Wien; Ebner Gerlinde, Woellersdorf. **75. Geburtstag:** Kiermaier Monika, Amstetten; Reichspfarrer Martha, Baden; Matschek Manfred, Ebenthal i. Kärnten; Altmann Heinz, Langenlois; Gröbminger Wilfried, Leoben; Pignitter Alois, Lieboch; Fiereder Helmut, Sturm Karl, Unger Martha, Waltner Elisabeth, Linz; Hanke Gerhard, Matzen-Raggendorf; Kurzmann Klaus, Mödling; Wutzlhofer Irmgard, Oberwaltersdorf; Westermayer Walter, Pottenbrunn; Holzer-Söllner Ernst, St. Pölten; Ziegler Ernestine, Stockerau; Basler Helena, Eigner Heinrich, Einramhof Eduard, Eisner Anna, Fleck Lieselotte, Gmachl Herbert, Hametner Waltraud, Hämmerich Norbert, Hölzl Christine, Jäger Zmaga, Köstinger Hermine, Kozousek Ilse, Lehner Michael, Mothwurf Mechthild, Schabmann Silvia, Sedlak Karl, Stadler Renate, Sturmer Hans, Tuschek Karl, Zankl Inge, Wien.

Ich hatte viele Mütter

In Ravensbrück, dem größten Frauenkonzentrationslager auf deutschem Boden, waren 120.000 Frauen und Kinder aus mehr als 30 Ländern inhaftiert. Viele Häftlingsfrauen hatten zu Hause Kinder, über deren Schicksal sie im Ungewissen waren. Etwa 900 Kinder, deren Mütter als Schwangere verschleppt worden waren, wurden im KZ geboren, ihre Überlebensrate betrug 2-3 Prozent. Die meisten Kinder, die überlebten, waren erst Anfang 1945 geboren worden - die Befreiung rettete ihr Leben.

Zu diesen Kinderhäftlingen gehörte auch Ingelore Prochnow, geboren am 5. April 1944 als Ingelore Rhode im KZ Ravensbrück. Zusammen mit ihrer Mutter wurde sie am 2. Mai 1945 von der Roten Armee in Malchow befreit. Länger als ein Jahr hatte sie als Baby und Kleinkind unter den unmenschlichen Lagerbedingungen überlebt.

Vor 10 Jahren veröffentlichte die deutsche Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V. das Buch „Kinder von KZ-Häftlingen – eine vergessene Generation“ mit Texten von Kindern ehemaliger Ravensbrückerinnen, von denen die meisten nach 1945 geboren worden waren.

In diesem Buch hat Ingelore Prochnow bereits eindrücklich die Suche nach ihren Wurzeln beschrieben. Jetzt ist auch ein Dokumentarfilm darüber entstanden: „Geboren in Ravensbrück“ von Jule von Hertell und Julia Küllmer.

Das Besondere an der Geschichte Ingelore Prochnows besteht darin, dass sie selbst die Umstände ihrer frühen Kindheit erst im mittleren Lebensalter entdeckte und Stück für Stück rekonstruieren musste. Am Anfang stand die erschütternde Erkenntnis: „Da war ein KZ, in dem Kinder zur Welt kamen – und ich sollte eines davon sein.“ Dass sie in einer Pflegefamilie aufgewachsen war, die sie als 16-Jährige auch adoptierte, hatte sie gewusst, doch sie fühlte sich lange an das Versprechen gebunden, nie nach ihrer leiblichen Mutter zu suchen. Erst nach dem Tod der Pflegeeltern, Mitte der 80er Jahre, nahm sie Einsicht in ihre Adoptionsakte und dort stand als Geburtsort: Ravensbrück. Dazu der Name und das Geburtsdatum ihrer Mutter. Diese war 19 Jahre alt, als sie die Tochter gebar, eingeliefert als Schwangere mit dem Haftgrund „Verkehr mit einem Polen“.

Mehr als 25 Jahre suchte Ingelore Prochnow nach Dokumenten und Erinnerungen, fuhr in Archive und lernte Schicksalsgefährtingen kennen. Die Lagergemeinschaft/Freundeskreis Ravensbrück, der sie heute tief verbunden ist, ermöglichte ihr 1986 durch eine Anzeige in den „Ravensbrückblättern“, ihre leibliche Mutter zu finden. Eine bittere Erfahrung für die Tochter, die ja wusste, dass die Mutter sie als Dreijährige in einem Flüchtlingslager zurückgelassen hatte. Eine Beziehung kam zwischen den beiden Frauen nicht mehr zustande.

2011, lange nach dem Tod der

Mutter, erfuhr Ingelore Prochnow, dass diese im Archiv von Arolsen die Akte hatte sperren lassen, aus der hervorging, wer ihr Vater war: Der polnische „Fremdarbeiter“ Jan Gabrowki, der ihre Mutter auf einem Bauernhof in Welsleben (Sachsen-Anhalt) getroffen hatte. Im Sommer 1943 wurden beide verhaftet, er überlebte die Konzentrationslager Sachsenhausen, Dachau und Bergen-Belsen und starb erst 1996 in Polen. Seine Tochter hat er nicht mehr kennengelernt.

Eine traurige, bedrückende, Geschichte. Wie viele Menschen haben Ähnliches erlebt und nie darüber berichten können?

Ingelore Prochnow hat die Verantwortung angenommen, die für sie daraus erwuchs. In dicken Tagebüchern dokumentierte sie ihre Recherchen. Die Gedenkstätte Ravensbrück, die sie nach dem Fall der Mauer das erste Mal besucht hat, ist zu einem Ort ihres Lebens geworden. Dort gibt es heute eine Gedenktafel für die Kinderhäftlinge, für die sie sich eingesetzt hat. Mit Evgenia Boiko, ebenfalls in Ravensbrück geboren, sogar noch ein paar Wochen älter als sie selbst, fühlt sie sich schwesterlich verbunden.

Es war ein Wunder, dass Ingelore Prochnow die Kinderstube im Block 5 überlebte, wo die Neugeborenen zu zehnt auf großen Strohsäcken lagen, hungrig, krank und schwach. Wenn sie starben, wurden sie in Körbe gepackt. Doch an dem Wunder ihres Überlebens waren viele Frauen beteiligt – ihre Häftlingsmütter. Für die Menschlichkeit und Kraft der Häftlingsfrauen von Ravensbrück, von denen heute nur noch wenige leben, legt Ingelore Prochnow mit ihrem Leben Zeugnis ab. Im April 2022 jährte sich die Befreiung des Lagers zum 77. Mal.

privat



Ingelore Prochnow

Regina Girod
(Erstveröffentlichung antifa März/April 2002,
wir danken für die Genehmigung zum Abdruck)



Die Schriftstellerin Hedwig Rossi

Hedwig Rossi war die Verfasserin etlicher Dramen und Hörspiele und die Schriftführer-Stellvertreterin der „Vereinigung sozialistischer Schriftsteller“ (VsS). So wie viele österreichische, antifaschistische Intellektuelle der Ersten Republik musste sie nicht nur nach 1938 das Land verlassen, sie verschwand auch aus dem kollektiven Bewusstsein der ÖsterreicherInnen. Es ist nur den Arbeiten der Exilforscherin Ingrid Walter, Brigitte Lehmanns und Herbert Exenbergers zu verdanken, dass Hedwig Rossi nicht völlig in Vergessenheit geriet.



Die Schriftstellerin wurde 1891 als Hedwig Elisabeth Braun in Wien geboren. Ihre Eltern gehörten dem fortschrittlichen Wiener Bürgertum an. Der Vater war Ingenieur bei der Nordbahn, die Mutter Sängerin und Dichterin. In einer Zeit, da Frauen die höhere Bildung noch großteils verwehrt wurde, ließen die Brauns ihre Tochter maturieren und studieren. Auf ihr Abitur wurde Hedwig Braun in der Schule der Eugenie Schwarzwald vorbereitet. Studieren sollte sie zunächst Naturwissenschaften, dann Philosophie. Neben ihrem Studium arbeitete sie als Lehrerin und leitete das Kinderheim der „Sozialpädagogischen

Gesellschaft“. Zusätzlich referierte sie für die „Bereitschaft“, den „Monistenbund“, in Sektionen der SDAP und an Volkshochschulen zu Bildungsfragen, zu Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zu Wilhelm Börners Ethikkonzept. 1914, kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, wurde sie in einem Bericht der „Arbeiterinnen-Zeitung“ als Genossin titulierte. 1915 heiratete sie den in der Volksbildung engagierten Psychologen und Lehrer Prof. Oswald Rossi. 1917 kam Sohn Harald zur Welt, der in den USA ein bedeutender Atomphysiker werden sollte. Hedwig Rossis Mann war evangelisch, was wohl mit

ein Grund war, wieso sie vom Judentum zum Protestantismus konvertierte.

An der Universität träumte Hedwig Rossis Doktorvater, Adolph Stöhr, davon, dass seine dem „Wiener Kreis“ nahe stehende Studentin einmal die erste Philosophieprofessorin Wiens sein wird. Thema ihrer Dissertation war „Einfluß des Darwinismus auf die Ethik“. Doch entschied sich 1922 die frisch promovierte, lieber Schriftstellerin zu werden. Sie veröffentlichte Gedichte, Kurzgeschichten, Feuilletons, meist in der „Arbeiter-Zeitung“ und verfasste bis 1938 acht Dramen. In der „Arbeiter-Zeitung“ wurde 1923 auch eine Szene ihres ersten erfolgreichen Theaterstücks „Der letzte Mensch“ abgedruckt. Darin behandelt sie die Frage, wie die Menschen mit einem nahen Weltuntergang umgehen. David Joseph Bach, u.a. Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“, hatte die junge Autorin dank dieses Theaterstücks „entdeckt“ und gefördert. Er zählte übrigens, wie Hedwig Rossi, zu den Gründungsmitgliedern der VsS. Hedwig Rossi kann durchaus als Radiopionierin bezeichnet werden. Sie arbeitet, bald nach deren Gründung 1924, bei der RAVAG. Knapp 14 Jahre lang gestaltete sie Hörspiele und Sendungen zu Literatur, Philosophie. Bei der RAVAG waren einige Mitglieder der VsS aktiv: Fritz Brügel, Edwin Zellwecker, Josef Luitpold Stern, Theodor Feldmann.

Am 15. März 1933 wurde Hedwig Rossis Hörspiel „Die Goldgräber“ ausgestrahlt.

In diesem geht es um Gier, Manipulation, Gewalt, Hoffnungslosigkeit, aber auch um Erkenntnis und Solidarität. Das Hörspiel war ein großer Erfolg und wurde von Radiosendern in Belgrad und Basel übernommen.

Während des Austrofaschismus schrieb Hedwig Rossi Feuilletons u.a. für die staatliche „Wiener Zeitung“, was wohl dem demokratisch und antinazistisch gesinnten zweiten Chefredakteur Edwin Rollett zu verdanken ist. Sie arbeitete auch für das „Neue Wiener Tagblatt“, schrieb über Albert Schweitzer, Voltaire, Tolstoi und Thomas Morus, nützte ihre Möglichkeit zu publizieren, um die Werte des Humanismus in Zeiten von Zensur und Menschenhass zu propagieren.

Hedwig Rossis Theaterstück über Voltaires Einsatz für einen unschuldig Verurteilten, „Der Fall Calas“, wurde im Dezember 1934 mit dem Julius-Reich-Preis ausgezeichnet und 1937 am Volkstheater uraufgeführt. Im amerikanischen Exil entstanden weitere 40 Dramen und Einakter. Daneben gründete Hedy Rossi, wie sie sich in den USA nannte, 1946 auch das für die USA bedeutende Theater der Ferris State University. Sie sollte es, neben ihrer Lehrtätigkeit, gemeinsam mit ihrem Mann zwölf Jahre lang leiten. Sie verfasste weiterhin Hörspiele, u.a. für die BBC. Bis zu ihrer Flucht schrieb sie auf Deutsch, danach auf Englisch. Ihre letzten Texte publizierte sie nur wenige Jahre bevor sie 1985 in New Jersey starb. So wie Hedy Rossi blieben über 30 Mitglieder der VsS im Exil, allesamt in der alten Heimat unerwünscht und vergessen, manche, so wie unsere Schriftstellerin, wertgeschätzt in der neuen.

Alexander Emanuely ■



Hohe Ehrung der Stadt Krems für Robert Streibel – Eine Würdigung von Klaus Bergmaier

Seit Jahrzehnten setzt sich Prof. Robert Streibel in zahlreichen Publikationen, Projekten und Büchern mit der Kremser Zeitgeschichte und insbesondere dem Nationalsozialismus und dem Austrofaschismus auseinander. Nun verlieh ihm Bürgermeister Dr. Reinhard Resch die goldene Wappenplakette der Stadt Krems im Rathaus Stein. Monika Sommer, Direktorin des Hauses der Geschichte Österreich, hielt die Laudatio.

© Stadt Krems



Angelika Sacher, Klaus Bergmaier, BMin a.D. Lore Hostasch, Prof. Robert Streibel, Bürgermeister Dr. Reinhard Resch (von links).

Prof. Robert Streibel hat sich bereits in seiner Dissertation „Die Stadt Krems im Dritten Reich von 1938-1945“ mit der Kremser Zeitgeschichte beschäftigt. Seine Forschungsprojekte zum Nationalsozialismus sind mehrmals ausgezeichnet – nun erhielt er eine Auszeichnung in seiner Heimatstadt. In zahlreichen Aktionen, Projekten und Büchern hat sich der Autor oft als Erster oder lange Zeit Einziger mit den Häftlingsmassakern von Stein, der Arisierung zahlreicher Kremser

Betriebe, der Winzergenossenschaft Krems, dem Stalag 17B etc. befasst. Die akribische Aufarbeitung brachte öfters Gegenwind. Doch Lokalgeschichte ist manchmal auch Weltgeschichte. „Die Stadt Krems ist stolz auf ihre Geschichte. Es gibt aber auch Kapitel, die lange Zeit nicht so gerne erwähnt wurden. Viele Kremserinnen und Kremser beteiligten sich an NS-Aktionen oder wurden zu Mitläufern, andere leisteten Widerstand. Zeitgeschichte und die Aufarbeitung sind

nicht immer angenehm, umso wichtiger ist es für die ‚Psychohygiene‘ einer Gesellschaft, einer Stadt – sich damit auseinanderzusetzen. Prof. Robert Streibel ist eine ‚treibende Kraft‘ im Sinne einer ‚größeren Sache‘, er leistet seit Jahrzehnten unverzichtbare Beiträge für die Stadt“, so der Stadtchef bei der Ehrung.

Aufgrund der Corona-Einschränkungen war nur ein kleiner Kreis an Gästen zugelassen. Unser Bezirksvorsitzender

Klaus Bergmaier und die Bezirkskassierin Angelika Sacher waren nur anwesend, weil sie – auf Wunsch des Ausgezeichneten – für den passenden musikalischen Rahmen sorgten, unter anderem mit Liedern nach Texten von Jura Soyfer und anderen Stücken aus dem antifaschistischen Widerstand. Wer aber auf persönliche Einladung durch Robert Streibel anwesend war, ist die langjährige Sozialministerin Lore Hostasch, die eine der ersten Gratulant*innen war.

„MICH KÖNNT IHR LÖSCHEN, ABER NICHT DAS FEUER“

Hinrichtungen in Wien 1942

Im Landesgericht I Wien gibt es einen kleinen Raum, der von den Nazis als Hinrichtungsraum zweckentfremdet wurde. Über 1.200 Menschen wurden dort getötet, zumeist WiderstandskämpferInnen gegen das NS-Regime. Vor 80 Jahren begannen die Nazis mit den Hinrichtungen von „Politischen“ im großen Umfang. Anton Bergauer hat recherchiert.

IM LANDESGERICHT I

Am 30. Juni 1942 wurden Kärntner Eisenbahner, die Widerstand gegen die Nazis leisteten, im Landesgericht I hingerichtet: Michael Essmann, Maximilian Zitter, Andreas Waste, Ludwig Höfernig, Karl Zimmermann, Peter Schlömmer, Josef Straubinger, Josef Kuchler, Johann König und Richard Götzinger bleiben unvergessen.

Insgesamt wurden 1938–1945 1.210 Menschen im Landesgericht (damals „Landgericht“) Wien hingerichtet. 1.084 von ihnen wurden aufgrund typischer nationalsozialistischer Gesetzgebung bzw. Delikten wie Hoch- und Landesverrat zum Tode verurteilt, 619 davon wegen eindeutig politischen Widerstandes gegen das NS-Regime. 126 wegen Delikten, die in jener Zeit auch in demokratischen Rechtsstaaten mit der Todesstrafe bedroht waren, wie Mord oder schwere Sexualdelikte.

Die Hinrichtungen wurden ab Herbst 1938 mit dem Fallbeil vollzogen, das im Hinrichtungsraum im Erdgeschoss des Landesgerichtsgebäudes aufgestellt war. In diesem Raum ist heute eine Gedenkstätte eingerichtet, die nach Voranmeldung besichtigt werden kann. Es waren die Opferverbände, die sich für deren Einrichtung einsetzten. Derzeit wird die in die Jahre gekommene Gedenkstätte neugestaltet. Großer Dank gilt hier dem Präsidenten des LG Wien Friedrich Forsthuber.

KEINE GNADE

War eine Begnadigung abgelehnt worden, wurde der Zeitpunkt der Hinrichtung festgelegt. Die TodeskandidatInnen erfuhren dies erst kurz davor, ihre Angehörigen überhaupt nicht. Sie wurden in die „Armesünderzellen“ verlegt, wo sie gemeinsam mit den anderen Opfern dieses Tages auf die Hinrichtung, die meist ab 18 Uhr stattfand, zu warten hatten. Sie erhielten Papier und Bleistift, um einen letzten Abschiedsbrief schreiben zu können. Diese Briefe wurden allerdings vor Aushändigung an die Hinterbliebenen nochmals überprüft und den AdressatInnen nicht immer übergeben. Manche Originalbriefe befinden sich noch heute in den Gerichtsakten. Wenn die Verurteilten dies wünschten, leistete ihnen ein Priester Beistand. Unbedingt lesenswert und zu empfehlen ist in diesem Zusammenhang das Buch „Mich könnt ihr löschen, aber nicht das Feuer“ – Biografien der im Wiener Landesgericht hingerichteten WiderstandskämpferInnen, von Willi Weinert (4. Auflage 2017, € 30,00 www.sternverlag.at)



Gerald Netzl

Stele in der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof

GRUPPE 40

Den im Landesgericht Wien (und vielen der am Militärschießplatz Kagran) Hingerichteten wurde als letzte Demütigung nicht einmal ein würdevolles Begräbnis gegönnt. Ihre sterblichen Überreste wurden entweder unmittelbar nach der Hinrichtung oder erst nach Benutzung für anatomische Zwecke (meist) in der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof verscharrt. Nichts sollte mehr an sie erinnern.

Nach 1945 bemühten sich Angehörige bzw. FreundInnen der Opfer in der Gruppe 40 eine würdige Erinnerung an die Toten der Jahre 1942-1945 zu schaffen. Diesem Anliegen und den vorangegangenen Bemühungen entsprechend beschloss die österreichische Bundesregierung anlässlich des 75. Jahrestages des „Anschlusses“ 1938, als Zeichen des Respekts gegenüber den Frauen und Männern des Widerstandes und den Opfern politischer Verfolgung diesen Teil der Gruppe 40 als nationale Mahn- und Gedenkstätte auszugestalten (2013).

„MICH KÖNNT IHR LÖSCHEN, ABER NICHT DAS FEUER“



Erinnern und Verstehen

Mitten in Berlin, am Anhalter Bahnhof, befindet sich das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Es wurde im Juni 2021 als Lern- und Erinnerungsort eröffnet. Träger ist eine gleichnamige Bundesstiftung. Auf mehr als 5.000 Quadratmetern findet man eine ständige Ausstellung, thematische Sonderausstellungen, Bildungs- und Vermittlungsangebote sowie eine Bibliothek mit einem ZeitzeugInnenarchiv.

Gerald Netzl



Die ständige Ausstellung beleuchtet politisch, ethnisch und religiös begründete Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert in Europa und darüber hinaus. Flucht und Vertreibung der Deutschen im und nach dem von Deutschland ausgegangenen Zweiten Weltkrieg bilden dabei den Schwerpunkt der Präsentation. Die Ausstellung erstreckt sich über zwei Etagen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten. Im ersten Stock wird das Phänomen von Vertreibungen vor allem im 20. Jahrhundert thematisiert. Es werden Dokumente, Selbstzeugnisse und Exponate präsentiert, die an Fluchten und Vertreibungen erinnern. Das vergangene Jahrhundert wird als Jahrhundert ethnisch, religiös und nationalistisch motivierter Zwangsmigrationen dargestellt.

Der zweite Teil der ständigen Ausstellung im zweiten Obergeschoss behandelt Flucht und Vertreibung der Deutschen. Im Zweiten Weltkrieg besetzte das nationalsozialistische Deutschland große Teile Europas. In Ost- und Südosteuropa führte es einen beispiellosen und grausamen Vernichtungskrieg. Millionen Menschen wurden ausgebeutet, deportiert, vertrieben und ermordet. Vor diesem Hintergrund beschlossen die Alliierten eine Nachkriegsordnung für Europa, die Grenzveränderungen und Bevölkerungsverschiebungen vorsah. In den letzten Kriegsmonaten flohen Millionen Deutsche vor der Roten Armee nach Westen. Die meisten in den Ostgebieten des Deutschen Reiches und in Mittel- und Südosteuropa verbliebenen Deutschen wurden nach Kriegsende vertrieben. Insgesamt waren mehr als 14 Millionen Menschen von Flucht und Vertreibung betroffen, mehr als 600.000 kamen dabei ums Leben.

Um dieses Dokumentationszentrum gab es einen jahrelangen Streit, auch heute noch wird es von Personen an den politischen Rändern kritisiert. Warum? Nun, die Stiftung „Flucht, Vertreibung,

Versöhnung“ entstand auf Initiative von Erika Steinbach, der langjährigen Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, der berüchtigt war für nationalistische und revanchistische Positionen. Steinbach war bis 2017 Bundestagsabgeordnete der CDU und ist seit 2018 Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung, die als parteinahe Stiftung der AfD fungiert. In der inhaltlichen Gestaltung der Ausstellung merkt man das nicht. Im Gegenteil, konservative und rechte BesucherInnen kritisieren den starken Versöhnungsaspekt. Resümee: Die anspruchsvolle Ausstellung ist einen Besuch wert, man soll sich eine eigene Meinung dazu bilden. Tipp: Wer die Möglichkeit hat, möge eine Führung machen.

Webtipp: www.flucht-vertreibung-versoehnung.de

Gerald Netzl ■

Gedenkstätte Brandenburg

Brandenburg an der Havel ist eine idyllische Kleinstadt westlich von Berlin, 1923 wurde dort Vicco von Bülow, besser bekannt als Loriot, geboren. Nicht zum Lachen - ganz im Gegenteil - ist eine dunkle Seite der Stadt: Sie war einer der sechs Orte der Euthanasie-Aktion T4 der Nazis. Gerald Netzl hat für den „Kämpfer“ die Dauerausstellung besucht.

Das Alte Zuchthaus im heutigen Stadtzentrum Brandenburgs an der Havel war 1790 als „Königliches Landarmen- und Invalidenhaus“ erbaut worden. Damals lag es außerhalb der Stadt. Es beherbergte invalide Soldaten und deren Familien. Später machten die Behörden ein Gefängnis daraus, 1933-1939 ein Konzentrationslager.



Gerald Netzl



Euthanasie-Anstalt

Ab Anfang Dezember 1939 wurde ein Großteil des ehemaligen Strafanstaltskomplexes zur Euthanasie-Tötungsanstalt umgebaut. Die Gaskammer wurde in der ehemaligen Anstaltsscheune installiert. Die Euthanasie-Anstalt in Brandenburg an der Havel war die einzige der insgesamt sechs Tötungsanstalten der T4, die nicht in einer ehemaligen Krankenanstalt, sondern in einer leerstehenden Strafanstalt eingerichtet wurde. Aus Tarnungsgründen erhielt sie deshalb den Namen „Landes-Pflegeanstalt Brandenburg an der Havel“. Zwischen Februar und Oktober 1940 ermordete das Personal der Tötungsanstalt über 9.000 psychiatrische AnstaltspatientInnen aus dem nord- und mitteldeutschen Raum durch Kohlenmonoxid. Rund 10 Prozent der Opfer waren Kinder und Jugendliche. Teilweise hatten Ärzte oder Ärztinnen sie für die Tötungen ausgewählt, um ihre Gehirne für Forschungszwecke zu erhalten. In Brandenburg begann im Juli 1940 zudem die systematische Vernichtung jüdischer PsychiatriepatientInnen im Reichsgebiet.

Verlegung

Da die Leichenverbrennungen in der Stadt nicht unbemerkt blieben, beschlossen die Verantwortlichen der Aktion T4 etwa im Juli 1940, die Verbrennungsanlage auf ein ca. 6 Kilometer entferntes abgeschiedenes Grundstück außerhalb zu verlegen. Gleichzeitig suchten Mitarbeiter der T4-Zentrale in Berlin (T4 = Tiergartenstraße 4) nach einem Ersatz für die Tötungsanstalt Brandenburg. Die Wahl fiel schließlich auf die Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg an der Saale, in der die T4-Zentrale schließlich Räume anmietete. Nach den letzten Morden in Brandenburg am 28. Oktober 1940 wurde die Tötungsanstalt in Brandenburg geschlossen und die Ermordungen in Bernburg fortgesetzt. Insgesamt sollten dem NS-Krankenmord ca. 300.000 unschuldige Menschen zum Opfer fallen. Viele Mitarbeiter der Euthanasie-Anstalt in Brandenburg übernahmen später Schlüsselpositionen beim Judenmord im besetzten Polen („Aktion Reinhardt“). Sie transferierten die in Brandenburg und den anderen Anstalten entwickelte Tötungstechnik in die NS-Vernichtungsorte.

Ausstellung

Die 2012 eröffnete sehenswerte Dauerausstellung informiert mit Texten, Fotografien, historischen Filmaufnahmen und Dokumenten über die Vorbereitung und Durchführung der Morde. 30 Schicksale von Ermordeten, aber auch Biografien von Tatbeteiligten werden nachgezeichnet.

Ein Gedenkbuch nennt die Namen und Lebensdaten von bisher mehr als 8.200 namentlich bekannten Opfern. Der Besuch lohnt sich.



Das Mädchen und der Umhang

In Ausgabe 1/2022 unserer Zeitung berichteten wir über die Deportation Kärntner SlowenInnen 1942. Evelyn Steinthaler greift EIN konkretes Schicksal einer Betroffenen auf, der damals sechsjährigen Katja Sturm. Die Autorin führte wochenlange Gespräche mit ihr, recherchierte vor Ort und legt ein beeindruckendes Zeugnis.



Evelyn Steinthaler:
Das Mädchen und der Umhang,

bahoe books,
Wien 2022,
ISBN
978-3-903290-67-9,
80 Seiten,
€ 19,00

Als die Wehrmacht im März 1938 über die österreichische Grenze marschierte, jubelten viel zu viele. Andere, vermeintlich andersartige waren den Nazis ein Dorn im Auge. Slowenischsprachige Menschen wurden am 14. April 1942 generalstabsmäßig aus Kärnten „ausgesiedelt“, wie es verharmlosend hieß. Gemeint waren damit Deportationen und Zwangsarbeit bis hin zur Ermordung Angehöriger der unerwünschten Minderheit in Konzentrationslagern. Als die Soldaten auch auf den Toman-Hof der Familie Sturm weit von Klagenfurt kamen und Katja samt ihrer Familie verschleppten begann das Unglück. Nach einem kurzen Aufenthalt im besetzten Polen kam man nach Bayern. Es folgte ein Leben hinter Stacheldraht. Trauriger Höhepunkt traumatisierender Jahre in Eichstätt war die Ermordung ihrer erkrankten Schwester Veronika. Evelyn Steinthaler ist ein berührendes, von sehr großer Sympathie geprägtes Porträt eines sensiblen Kindes gelungen. Viele Jahre nach diesen schrecklichen Jahren engagierte sich die erwachsene Katja Sturm-Schnabl, Trägerin des Goldenen Verdienstzeichens der Republik Österreich, als Zeitzeugin und trug und trägt zum „Niemals vergessen!“ bei. Einziger Wermutstropfen: Das wertvolle Buch weist leider sehr viele Druckfehler auf.

Gerald Netzl ■



Erinnerungen

Der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus widmet den sechsten Band seiner Buchreihe „Erinnerungen. Lebensgeschichten von Opfern des Nationalsozialismus“ den Überlebenden des KZ Auschwitz-Birkenau. Die Publikation steht im engen Zusammenhang mit der im Oktober des Vorjahres eröffneten neuen Österreich-Ausstellung im Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau (siehe „Kämpfer“ 4/2021).



Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus:

**Erinnerungen / Band 6
Überleben in Auschwitz
(zweiteilig),**

Wien 2021

ISBN 978-3-9504794-1-6,
€ 19,90



In zwei Teilbänden geben 20 autobiografische Zeugnisse von Überlebenden aus unterschiedlichen Opfergruppen einen tiefen Einblick in Lageralltag, Widerstand, Tod und Überleben in Auschwitz. Manche der Personen kennt man (Ceja Stojka, Marko Feingold, Franz Danimann, Ella Lings, Karl Stojka), die meisten vermutlich nicht. Wer wusste, dass der langjährige Sekretär des Fußballklubs Austria Wien Norbert Lopper (1956-1983) im November 1942 nach Auschwitz verschleppt wurde?

Ein umfassendes historisches Glossar unterstützt die LeserInnen. Beide Bände sind reich bebildert und gut geschrieben, somit auch und gerade für Jugendliche bzw. nicht so in die Materie vertiefte Personen gut lesbar. Was nicht Oberflächlichkeit bedeutet, sondern im Gegenteil Tiefgang. Dem Nationalfonds ist zu dieser wertvollen Publikation zu gratulieren.

Bestellung über www.nationalfonds.org

Gerald Netzl ■

Nachtwache

Der Nürnberger Kommunist Karl Röder wurde bereits 1933 verhaftet. Er schildert in dem lesenswerten Buch die KZ-Maschinerie, analysiert sie und beschreibt plastisch Häftlinge und SS-Schergen. Er zeichnet ein Panoptikum des Menschlichen wie auch des Unmenschlichen. Darüber hinaus stellt er Formen des mentalen und des seelischen Widerstandes dar. Für die KZ-Häftlinge, die nicht sofort oder sehr bald auf direkte oder indirekte Weise ermordet wurden, stellte sich die Frage: „Wie kann man in der Hoffnungslosigkeit körperlich und geistig die Kraft bewahren zu überleben?“ Antworten darauf gibt Karl Röder in diesem Werk.



**Karl Röder:
Nachtwache - 10 Jahre KZ Dachau,
Flossenbürg und Dirlwanger,**

**Ephelant, Wien 2021,
ISBN 978-3-900766-29-0, 368 Seiten, € 22,00**

Der zweite Teil bringt die hier zum ersten Mal veröffentlichten Aufzeichnungen Karl Röders zur SS-Sondereinheit Dirlwanger, deren Mitglied er zusammen mit ca. 420 ehemaligen KZ-Häftlingen Ende 1944 gezwungenermaßen war. Er schildert deren Verbrechen und wie es ihm und mehreren seiner Schicksalsgenossen unter dramatischen Bedingungen gelang, an der Ostfront zur Sowjet-Armee überzulaufen. Das Leiden war damit allerdings noch nicht zu Ende, denn die Sowjets waren misstrauisch, ob es sich tatsächlich um ehemalige KZler handelte. Das Buch ist 1985 erstmals erschienen, die Neuauflage ist das Verdienst des engagierten Verlegers Franz Richard Reiter.

Gerald Netzl ■



Salzburger „Orte des Gedenkens“ an den Widerstand im Nationalsozialismus

Am 3. April 2019 wurde im Salzburger Landtag ein Antrag (NEOS) eingebracht, der die Errichtung einer Gedenkstätte für Salzburger WiderstandskämpferInnen während der Zeit des Nationalsozialismus behandelt.

Gemeinsam mit der LAbg. Barbara Thöny und LAbg. Stefanie Mösl (beide SPÖ) sowie dem Landesvorsitzenden der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen Matteo Gebhart wurde in der Diskussion eine wesentlich weitreichendere Ausrichtung des ursprünglichen Antrages erreicht.

Wurde im initialen Vorschlag lediglich von einem Denkmal zum 75. Todestag von Hans Graber gesprochen, konnte so erreicht werden, dass die Landesregierung von Salzburg aufgefordert wird, einen Ort des Gedenkens und der Erinnerung für alle Salzburger WiderstandskämpferInnen zu schaffen. Es war den beiden SPÖ-Abgeordneten wie auch Matteo Gebhart besonders wichtig, hier eine umfassende Betrachtung zu erzielen, in der allen WiderstandskämpferInnen gedacht wird, eingeschlossen auch die Zeit des Austrofaschismus.

Museum Fronteste



Georg Rinnerthaler bei seiner Verhaftung am 12. März 1938 in Neumarkt

Entstanden aus der regen Diskussion im Landtag, dem einstimmigen Beschluss von allem im Salzburger Landtag vertretenen Parteien und mit den betrauten Experten aus der Abteilung Kunst am Bau sind nun die „Orte des Gedenkens“ entstanden, eine Initiative, die sich über die nächsten sechs Jahre auf das ganze Land Salzburg und alle seine sechs Bezirke erstreckt.

Die Auftaktveranstaltung fand am 7. Mai 2022 in Neumarkt am Wallersee (Bezirk Flachgau) statt. Hier wurde eine Kunstinitiative des Künstlers Bernhard Gwiggner vorgestellt. Gwiggner hat sich mit der Geschichte von Georg Rinnerthaler und dessen Sohn Johann Rinnerthaler auseinandergesetzt. Der Gastwirt und Fleischhauer Georg Rinnerthaler war Obmann der örtlichen Vaterländischen Front, was wohl maßgeblich für das Agitieren der illegalen bzw. später legalen Anhänger der NSDAP gegen die Familie

geführt hat. Vater und Sohn Rinnerthaler wurden am 30. April 1938 in das KZ Dachau deportiert, beide wurden im März 1939 enthaftet. Nach ihrer Rückkehr nach Neumarkt haben NeumarkterInnen 51 Fensterscheiben der geplünderten Gastwirtschaft mit Steinen eingeschlagen und in weitere Folge musste Rinnerthaler mit seiner Familie seinen Besitz aufgeben und nach Freilassing ziehen. Diesen „Steinwurf“ hat Bernhard Gwiggner künstlerisch aufgegriffen - die BetrachterInnen werden aufgefordert sich selbst in die Täter- und in die Opferrolle zu begeben: Einer schlägt das Fenster mit einem Steinwurf ein, der andere steht (geschützt durch eine weitere Plexiglasscheibe) dahinter - danach werden die Rollen getauscht.

Hier wird deutlich, dass die Mär, die Nationalsozialisten wären von außen in ein Dorfleben in Österreich gekommen, nichts anderes als Erfindung war. Es waren die eigenen Freunde, Nachbarn, Bekannte - und wie bei den Rinnerthalers die eigene Familie, die für Denunziation und Vertreibung gesorgt haben. Eine herausragende Kunstinstallation, die zum Nachdenken anregt - damit niemals vergessen wird! Stefanie Mösl ■

Hallein

Das KZ Hallein (1943-1945) als Außenlager des KZ Dachau, war das zweitgrößte im Bundesland Salzburg und wurde am 5. Mai 1945 von der US-Armee befreit. Bis zu 90 Häftlinge waren in dem Lager untergebracht und mussten im Steinbruch Zwangsarbeit für die Errichtung der Reichsautobahn (heute A10 Tauernautobahn) verrichten. 2012 wurde eine Gedenktafel, mitfinanziert durch die Firma Deisl, errichtet.

Nach sechs Jahren Pause konnte unser Landesverband Salzburg gemeinsam mit der SPÖ-Bezirksorganisation Tennengau das Gedenken zur Befreiung des KZ Hallein wieder reaktivieren. Die Gedenkrede wurde vom Halleiner Bürgermeister Alexander Stangassinger gehalten. Matteo Gebhart ■

Matteo Gebhart





Deutschland gegen Rechts

Die deutsche Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat am 22. März einen nationalen Aktionsplan im Kampf gegen Rechtsextremismus vorgestellt. Damit will die SPD-Politikerin konsequent gegen die größte extremistische Bedrohung im Land vorgehen.

Die größte extremistische Bedrohung für die Demokratie in Deutschland ist der Rechtsextremismus – diese Position hatte Gin. Faeser in den vergangenen Wochen und Monaten mehrfach deutlich gemacht und bereits in ihrer Antrittsrede im Bundestag angekündigt, bis Ostern einen Aktionsplan zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vorlegen zu wollen.

Bei der Bundespressekonferenz mit dabei waren nicht nur BKA-Chef Holger Münch und Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang, sondern auch der Präsident der

Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger. Ein klares Signal, dass Faeser mit ihrem Aktionsplan nicht nur die akute Bekämpfung des Rechtsextremismus, sondern auch präventive Bildungsarbeit in den Fokus nimmt. Faeser nahm gleichzeitig Bezug auf die aktuelle Bedrohungslage durch den russischen Einmarsch in der Ukraine. Umso wichtiger sei es, gerade jetzt den inneren Frieden in Deutschland zu stärken.

Stärker gegen rechte Hetze im Netz

Dennklarsei: „Rechtsextremisten missbrauchen jede Krise für ihre menschenverachtende Hetze

und für den Versuch, Menschen gegeneinander auszuspielen, die Gesellschaft zu destabilisieren und ihren Rassismus zu verbreiten.“ Dem will Faeser begegnen, beispielsweise durch eine konsequente Zerschlagung rechter Netzwerke und die Entwaffnung von RechtsextremistInnen. Etwa 1.500 von ihnen besitzen aktuell einen Waffenschein, führte Haldenwang aus und machte deutlich: „Das ist zu viel.“

Auch soll rechte Hetze im Internet konsequent bekämpft werden. „Dass wir das können, haben wir mit unserem konsequenten Vorgehen gegen Telegram schon gezeigt“, sagte Faeser. BKA-Chef Münch wies in diesem Kontext auf die geplante Einrichtung einer zentralen Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet hin. Er sagte: „Hass und Hetze bereiten den Boden für physische Gewalttaten.“ Faeser bekräftigte zudem ihr Vorhaben, VerfassungsfeindInnen künftig schneller aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen: „Wer den Staat ablehnt, kann ihm nicht

dienen.“ Auch Haldenwang betonte: „Rechtsextremisten haben keinen Platz im öffentlichen Dienst.“

KommunalpolitikerInnen besser schützen

Ein wichtiges Anliegen ist der Ministerin der Schutz von KommunalpolitikerInnen. Die Zahl der tätlichen Übergriffe auf diese habe sich in den vergangenen Jahren verdreifacht. „Das zeigt eine Verrohung und Verachtung von Staat und Demokratie“, sagte Faeser. Um solchen Übergriffen präventiv zu begegnen, soll zudem die politische Bildungsarbeit intensiviert werden. Das Programm „Miteinander Reden“ der Bundeszentrale für politische Bildung, um die politische Debatte über Rechtsextremismus zu fördern, kündigte deren Präsident Thomas Krüger an.

Auch sollen Träger der politischen Bildung und deren Arbeit in der Fläche ebenso gestärkt werden wie die Vermittlung von Medienkompetenz. „Es kommt nicht nur auf technische Bedienhilfen an, sondern vor allem auf die kritische Reflexion, was in den sozialen Medien passiert. Wir stellen uns diesen Herausforderungen“, sagte Krüger.

Bundesministerium des Innern Peter Jülich



Die deutsche Innenministerin Nancy Faeser

Aktionsplan gegen Rechtsextremismus

Diese zehn Punkte enthält der von Nancy Faeser am 22. März vorgestellte Aktionsplan:

- 1.) Rechtsextreme Netzwerke zerschlagen
- 2.) RechtsextremistInnen konsequent entwaffnen
- 3.) Hetze im Internet ganzheitlich bekämpfen
- 4.) VerfassungsfeindInnen aus dem öffentlichen Dienst entfernen
- 5.) Verschwörungsideologien entkräften – Radikalisierung vorbeugen
- 6.) Prävention gegen Extremismus – demokratische Streitkultur fördern
- 7.) Politische Bildung im Kampf gegen Rechtsextremismus stärken
- 8.) Medienkompetenz im Umgang mit Desinformation, Verschwörungsideologien und Radikalisierung stärken
- 9.) Schutz von MandatsträgerInnen
- 10.) Opfer von Rechtsextremismus nicht allein lassen

Quelle: www.vorwaerts.de



Rechtsextremismus endlich offensiv bekämpfen!

Die Zahl rechtsextremer Straftaten ist im Corona-Jahr 2021 stark gestiegen. 1.053 Tathandlungen mit einschlägigem Hintergrund wurden verzeichnet, im Jahr davor waren es 895, wie aus meiner Anfrage an das Innenministerium hervorgeht. Ein eindeutiges Zeichen, dass Rechtsextremismus endlich konsequent und offensiv begegnet werden muss. Schluss mit der Verharmlosung! Gin. Sabine Schatz, Abgeordnete zum Nationalrat, hat uns diesen Artikel zur Verfügung gestellt.

Massiver Anstieg rechtsextremer Straftaten

Laut der Anfragebeantwortung des Innenministers kam es im Jahr 2021 österreichweit zu 1.053 Tathandlungen mit rechtsextremem Hintergrund. Davon waren 816 explizit rechtsextreme Tathandlungen (2020: 697), 66 rassistische (2020: 104), 52 antisemitische (2020: 36) und neun islamophobe Straftaten (2020: 16). Dazu kommen 102 unspezifische Tathandlungen (2020: 42). Einen besonders besorgniserregenden Anstieg gab es auch bei Personen, die wegen Verstoß gegen das Verbotsgesetz angezeigt wurden 998 (2020: 801).

Leider hat sich damit unsere Befürchtung bestätigt. Schon vor der Bekanntgabe der Zahlen konnten wir ein Erstarken der Szene, speziell im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen erkennen. Auch die zahlreichen Waffenfunde innerhalb der einschlägigen Szene geben Grund zur Besorgnis. Es ist alarmierend, dass die rechtsextremen Tathandlungen, die sich ohnehin seit Jahren auf einem Hoch befinden, weiter angestiegen sind. Wir müssen hier rasch Maßnahmen setzen.

Verzögerung bei Rechtsextremismusbericht

Um zielgerichtete Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus in Österreich setzen zu können, braucht es auch eine fundierte Datenlage. Seit Jahren fordern wir die Wiedereinführung des unter Schwarz-Blau 2002 abgeschafften Rechtsextremismusberichtes.

Dieser Bericht wurde noch von Innenminister Nehammer für Oktober 2022 angekündigt. Wie sich jetzt allerdings herausgestellt hat, wird es zu Verzögerungen kommen, weil das Ausschreibungsverfahren verabsäumt wurde. Die Notwendigkeit, hier rasch vorzugehen, vermissen wir bei der türkis-grünen Regierung leider.

Sabine Schatz



Nationaler Aktionsplan

gegen Rechtsextremismus muss rasch kommen

Der Kampf gegen Rechtsextremismus erfordert umfangreiche Maßnahmen. In einem Nationalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus müssen Maßnahmen von Aufklärung und Prävention bis hin zur Unterstützung beim Ausstieg aus der Szene mitgedacht werden. Um gegen dieses strukturelle Problem in unserer Gesellschaft anzukommen, müssen wir an mehreren Stellschrauben gleichzeitig drehen: Einerseits gilt es die Szene engmaschiger zu beobachten, andererseits braucht es auch eine genaue Analyse und Gefahreinschätzung. Um gegen Rechtsextremismus vorgehen zu können, müssen wir wissen, womit wir es zu tun haben. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf zu wissen, wie es um die Sicherheit steht.

Nie wieder!
Wir müssen uns
deutlich breiter aufstellen.

Die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Justiz und zivilgesellschaftlichen Organisationen muss gestärkt werden. Es gehört auch die Präventionsarbeit deutlich ausgebaut, im schulischen als auch im außerschulischen Bereich, um ein stärkeres, gesellschaftliches Bewusstsein für Rassismus, Ausgrenzung und Rechtsextremismus zu entwickeln. Was in Österreich fehlt ist die Überzeugung, dass es wichtig ist, sich an Politik zu beteiligen. Auch daran müssen wir arbeiten. Der Beschluss, einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus zu erarbeiten, wurde schon 2021 im Parlament gefasst. Jetzt ist der Innenminister am Zug, wenn es darum geht, diesen auch vorzulegen und umzusetzen.

Opfer rechtsextremer Gewalt unterstützen

Wir müssen uns auch deutlich breiter aufstellen, wenn es um die Opfer rechtsextremer Gewalt geht. Die alltägliche Gewalt findet oft ohne große Aufmerksamkeit statt. Es sind vor allem die großen Waffenfunde, die in den Blick der Öffentlichkeit gelangen. Diese zeigen die große Gefahr für die Innere Sicherheit, die von der rechtsextremen Szene ausgeht.

Alltägliche rechtsextreme Gewalt und ihre Opfer brauchen ebenso unsere Aufmerksamkeit und konsequente Unterstützung.

Es gibt noch viel zu tun in diesem Bereich, darum packen wir es gemeinsam an, damit ein „Nie wieder!“ auch wirklich ein „Nie wieder!“ bleibt.

Sabine Schatz ■



Das neue Präsidium v. l. n. r. FinRef.-Stv. Renate Gerstberger, LV-Stv. Arijana Šegalo, LV-Stv. Marina Hanke, FinRef. Magdalena Schmid, LV Gerald Netzl, LV-Stv. Volkmar Harwanegg, Schriftf. Ronald Jesenko, Schriftf.-Stv. Dominik Lang

Landeskonferenz Wien

Am 6. April trafen sich im Festsaal der SPÖ Meidling 57 Delegierte aus (fast) allen Bezirken Wiens zur Landeskonferenz. Covid 19 geschuldet war die Tagesordnung sehr knapp gehalten, es gab keine Grußworte der Partei, kein Hauptreferat und auch keine Anträge oder Resolutionen. Der Bericht des Landesvorsitzenden enthielt nur die wichtigsten Dinge und Ereignisse, die Delegierten bekamen eine umfassende Berichtsmappe.

Interessierte Mitglieder können das PDF der Berichtsmappe gerne in unserem Sekretariat per E-Mail anfordern:

TIPP

kaempfer@spoe.at

Alle KandidatInnen wurden gewählt, Gen. Netzl dankte den ausgeschiedenen FunktionärInnen, zuvorderst Gin. Dagmar Casagrande, der langjährigen verdienstvollen Finanzreferentin.

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Werner T. Bauer, Anton Bergauer, Klaus Bergmaier; Alexander Emanuely, Matteo Gebhart, Regina Girod, Julia Hinterseer-Pinter, Claus Michl-Atzmüller, Gerald Netzl, Brigitte Pellar, Andreas Sarközi, Sabine Schatz, Ulrich Schneider, Gabi Tremmel-Yakali

Grafische Gestaltung: Wien Work – Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28. Mai 2022

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 2. September 2022

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichte Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M